



DRINGENDE ENTSCHEIDUNG Zur politischen Krise in Peru

Der Vorstand der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) tagt virtuell vom 18. bis 19. November 2020 und stellt fest:

Wir drücken tiefe Besorgnis aus angesichts der neuen politischen Krise, die Peru durchmacht, angesichts der vom Kongress der Republik am 9. November 2020 verabschiedeten Vakanzenerklärung, die Präsident Martín Vizcarra wegen seiner moralischen Unfähigkeit, sein Amt weiter auszuüben, aus dem Amt entließ und den Kongressabgeordneten Manuel Merino zu seinem Nachfolger ernannte. Manuel Merino trat am 16. November 2020 zurück, nach einer Welle von Rücktrittsforderungen und einer intensiven Nacht mit Demonstrationen, die zwei Tote, mehr als 100 Verletzte und 41 Verschwundene zur Folge hatten, so der Nationale Menschenrechtskoordinator. Diese Situation veranlasste den Kongress der Republik Peru, den Kongressabgeordneten Francisco Sagasti zum Chef der Übergangsregierung zu ernennen, die das Land bis Juli nächsten Jahres führen muss.

Wir unterstützen die Position unserer Mitgliedsorganisationen in Peru, die behaupten, dass diese Wahl nur das Regierungsvakuum auflöst, das durch den Rücktritt des Merino-Thronräubers entstanden ist. Die zugrundeliegenden Faktoren, die die Krise verursacht haben, sind jedoch nach wie vor intakt: die Zersetzung des korrupten, antidemokratischen und ausgrenzenden Systems, das vom Neoliberalismus aufgebaut und in der Fujimori-Verfassung verankert wurde, eine Tatsache, die durch die gegenwärtige Pandemie, die bisher etwa eine Million Infektionen und mehr als 90.000 Todesfälle verursacht hat, vertuscht und beschleunigt wurde.

Wir unterstützen die Forderung unserer Mitgliedsorganisationen nach einer sofortigen Untersuchung und Bestrafung der Verantwortlichen für die brutale Unterdrückung hunderter junger Menschen, die eine große Zahl von Verletzten ins Krankenhaus brachte, zum Verschwinden brachte und zur Ermordung der Studenten Inti Sotelo und Jack Pintado führte.

Wir unterstützen den Kampf für eine neue Verfassung, die ein neues Wirtschaftsmodell und eine umfassende Reform des Staates festschreibt, wobei die Übergangsregierung zu diesem Zweck das Verfassungsreferendum vorsehen muss, das gleichzeitig mit den Parlamentswahlen im April nächsten Jahres abgehalten werden muss.

Wir fordern, dass die Übergangsregierung auf die Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor reagiert, die Prozesse der Privatisierung von Bildungs-, Gesundheits-, Wasser-, Elektrizitäts- und ESSALUD-Unternehmen sofort zu stoppen und den Dialog der Gruppe für öffentliche Beschäftigung wieder aufzunehmen... Ebenso sollte der Kongress der Republik unverzüglich ein Gesetz über Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Staates verabschieden, ohne irgendwelche Fallen.

Wir drücken unsere Unterstützung und Solidarität mit dem peruanischen Volk aus, mit allen ArbeitnehmerInnen und insbesondere mit den PSI-Mitgliedsorganisationen im Land, die sich mutig der neuen politischen Krise im Land stellen.